INHALT

Einleitung: Europa in Zeiten imperialer Gewalt und mobilisierter Nationen

1. Europa um 1900: politisches und ökonomisches Machtzentrum der Welt
2. Imperiale Konfrontation: der Erste Weltkrieg und seine Folgen
3. Demokratie und Nation unter Dauerbelastung
4. Moderne Zeiten und neue Ordnungen
5. Wetterscheide: die Weltwirtschaftskrise
6. Der Aufstieg der Diktaturen und die Modelle radikaler Neuordnung
7. Imperiale Expansion und Vernichtungskrieg: der Zweite Weltkrieg und seine Folgen

Epilog: Europa 1947

Literaturhinweise
Dank
Zeitleiste
Anmerkungen
Bildnachweis
Register

Einleitung: Europa in Zeiten imperialer Gewalt und mobilisierter Nationen

/d/ie erste Hälfte des 20. Jahrhunderts markiert eine deutliche Zäsur in der Geschichte Europas. Davor und danach lagen lange Friedenszeiten, die zugleich in den meisten Großregionen des Kontinents auch Phasen ungeahnten wirtschaftlichen Wachstums und gesellschaftlicher Dynamik mit sich brachten. Die exakte Zahl der Kriegstoten in den beiden Weltkriegen ist unbekannt. Vor allem für die östlichen Regionen Europas liegen teilweise weit voneinander abweichende Schätzungen vor. Die meisten Forscher gehen davon aus, dass vermutlich mehr als 56 Millionen Menschen (mehr als 14 Millionen im Ersten Weltkrieg, etwa 42 bis 44 Millionen im Zweiten Weltkrieg) infolge beider Kriege in Europa (unter Einschluss der Sowjetunion) gestorben sind.[1] In Bürgerkriegen und gewalttätigen Auseinandersetzungen kamen weitere acht bis neun Millionen Menschen um, die Spanische Grippe forderte über zwei Millionen Tote, und bei Hungersnöten in der Sowjetunion starben 1921/22 bzw. 1930/31 noch einmal elf bis zwölf Millionen. Vergegenwärtigt man sich, dass 1920 in Europa und dem europäischen Teil der Sowjetunion insgesamt 459 Millionen Menschen lebten, dann tritt das Ausmaß dieser im Verlauf von etwas mehr als 30 Jahren zu beklagenden Verluste klar vor Augen.

Für die Überlebenden waren diese Jahrzehnte zugleich Zeiten wirtschaftlicher Turbulenzen und materieller Not. Während der Kriegs- und Nachkriegsjahre waren lebensnotwendige Güter rationiert. Vielerorts wurden die Ersparnisse durch Inflationen entwertet, die bis zum Zusammenbruch der Währungen führen konnten wie im Deutschen Reich 1923. Schließlich erschütterte eine Weltwirtschaftskrise den Kontinent, die zwischen 1929 und 1936

in ganz Europa mit Ausnahme der Sowjetunion tiefe Spuren hinterließ.

Die Schrecken dieser Epoche sind damit aber noch nicht vollständig aufgezählt. Denn hinzu kamen Vertreibungen, Massenflucht, Deportationen und Völkermord. Demgegenüber lassen sich nur wenige Fortschritte im Alltag der Menschen, bei Hygiene und Gesundheit, materiellem Wohlstand und technisch-industriellen Innovationen bilanzieren – aber es gab sie. Die dramatischen politischen und militärischen Ereignisse verzögerten und unterbrachen kurzzeitig die Verwandlung Europas in eine Weltregion relativen Wohlstands und entwickelter technisch-industrieller Lebenswelten, deren Ausbreitung seit dem 18. Jahrhundert von Nordwesten aus zu beobachten war. Die Basisprozesse dieses wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandels liefen allerdings weiter und wurden zum Teil sogar durch die Konflikte und Gewaltexzesse beschleunigt.

Glänzender, aber auch schillernder sieht die Bilanz aus, wenn man die wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen europäischer Wissenschaftler, Künstler und Intellektueller mit einbezieht. Das gegenwärtige Kunst- und Literaturverständnis ist ohne diese inzwischen «klassisch» gewordene Moderne und ihre Avantgarden in Kunst, Literatur, Film oder Architektur gar nicht denkbar. Hier drängt sich der Vergleich mit einer anderen revolutionären Epoche, den Jahrzehnten zwischen 1780 und 1820, auf, in der Europa ebenfalls sowohl intellektuelle und künstlerische Produktivität als auch politisch-militärische Dramatik in unbekanntem Ausmaß erlebte. Genau wie damals wurde der Kontinent auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Experimentierfeld ebenso radikaler wie ambitionierter Zukunftsentwürfe und Gestaltungsphantasien.

Entsprechend präsent war und ist die Zeit der Weltkriege in den Geschichtskulturen und kollektiven Erinnerungen der europäischen Nationen. Die Liste der kontroversen Themen ist lang: Sie reicht von den Vertreibungen, Massakern und «ethnischen Säuberungen» des Ersten Balkankriegs und des Ersten Weltkriegs über die Kriegsschuldfrage des Juli 1914, den Holocaust und die Hun-

gersnöte, Deportationen und Massenmorde in der Sowjetunion der 1930er und 1940er Jahre bis zu den Konflikten zwischen Kollaboration und Widerstand in den vom «Dritten Reich» besetzten Staaten und Territorien. In all diesen Fällen trennt die Erinnerung Nationen und politische Lager. Eine gemeineuropäische Erinnerung ist bestenfalls für den Holocaust und mit Blick auf die Kriegsopfer des Ersten Weltkriegs zu erkennen.

Die geschichtswissenschaftliche Forschung zu dieser Epoche ist schlicht unüberschaubar, die Fülle an Detailwissen und an Spezialuntersuchungen macht sie zu der vermutlich besterforschten Phase in der langen Geschichte Europas. Allein die Darstellung der Deutungskontroversen zu den beiden Weltkriegen, dem Holocaust, den totalitären und autoritären Diktaturen oder den Folgen des Versailler Vertrages würde eine eigene Buchreihe erfordern.

Darauf muss im Folgenden weitgehend verzichtet werden. Stattdessen wird an die jüngeren Debatten um den Ort dieser Epoche im Gang der europäischen Geschichte seit dem 18. Jahrhundert angeknüpft. In neueren Darstellungen der europäischen Geschichte erfreut sich ein Erklärungsansatz besonderer Beliebtheit, der die Katastrophen dieser fünf Jahrzehnte aus der europäischen «Moderne» und der Dynamik ihrer gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung erklären will. Er bezieht sich – negativ – auf ein älteres Narrativ, das den Widerstand konservativer Kräfte und abstiegsbedrohter sozialer Gruppen als Hauptquelle für die Bürgerkriege und die zwei Weltkriege identifiziert hatte. In den aktuellen Kontroversen spielt dieses Argument keine prominente Rolle mehr, stattdessen bezieht man sich auf die Beschleunigung des Wandels, den die europäischen Gesellschaften im Zuge von Industrialisierung, politischer Partizipation und kultureller Liberalisierung seit den 1880er Jahren erfuhren. Die politischen und kulturellen Antworten auf die vielen «Probleme» und «Störungen», kurz: die «Unordnung», welche diese Dynamik der Modernisierungen hinterließ, waren so vielfältig wie kontrovers. In der Abfolge von Weltkrieg, Bürgerkriegen und Weltwirtschaftskrise errangen die radikalsten und gewaltbereitesten Entwürfe für eine neue stabile «Ordnung» dieser Moderne

im Deutschen Reich, in der Sowjetunion und in Italien die Oberhand und setzten ihre Lösungsvorstellungen in einer sich steigernden Spirale von Gewalt, Terror und schließlich Krieg in weiten Teilen Europas durch. So wurde der Kontinent im Zweiten Weltkrieg zum Schauplatz ebenso gewalttätiger wie radikaler Gesellschaftsveränderungen. Im östlichen und südöstlichen Europa zog sich diese Phase sogar bis in die 1950er Jahre hin, als das sowjetische Modell Stalin'scher Prägung überall im Machtbereich der Roten Armee mit Gewalt oktroyiert wurde.[2]

Einer solchen neuen Großerzählung, welche die Gewaltentfesselung aus der Beschleunigung der Modernisierungsprozesse zwischen 1880 und 1914 erklärt, sind in neuester Zeit vor allem Historiker entgegengetreten, die sich mit der Geschichte des Bolschewismus bis zum Tode Stalins 1953 auseinandergesetzt haben. Sie machten darauf aufmerksam, dass dessen Gewaltexzesse nicht einfach aus der Eigendynamik moderner Ordnungsentwürfe zu erklären sind, sondern gerade durch die Rückständigkeit der ländlichen Lebensverhältnisse, die Ohnmacht bzw. Schwäche staatlicher Verwaltung und moderner Rechtsordnungen in Verbindung mit der Prägekraft traditioneller Lebenswelten begünstigt und vielfach erst ausgelöst wurden. Auch die neueren Studien über ethnische Säuberungen, Vertreibungen und Massaker im Südosten Europas zeichnen ein komplexeres Bild, indem sie die Gewaltpotentiale traditioneller Konflikte, schwacher Staaten und prekärer Gesellschaftsstrukturen herausstellen.[3]

Von dem grundlegenden Strukturwandel, der seit Mitte des 18. Jahrhunderts nach und nach immer weitere Teile Europas erfasste und dort Industrien und Großstädte entstehen ließ, Bildung, Wissenschaft und Technik förderte, schließlich den wachsenden Wohlstand der Vielen ermöglichte, führt also kein direkter Weg zu den Gewaltausbrüchen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dennoch besteht offensichtlich ein Zusammenhang zwischen den Basisprozessen dieses Wandels und den Erschütterungen der Epoche. Er lässt sich am besten als Wechselspiel von «modernen» Ordnungsmustern und diesen Basisprozessen beschreiben.

Europas Geschichte bewegte sich spätestens seit der Französischen Revolution vor einem Horizont offener Zukunftsmöglichkeiten. Europas Gesellschaften begannen ihre eigene Kultur, Politik und Wirtschaft als «moderne», historisch veränderbare Ordnungen zu deuten und zu entwerfen. Dabei vergrößerte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts der Raum des Mach- und Sagbaren immer mehr. Seit den 1880er Jahren wuchsen die Gestaltungsspielräume angesichts der industriellen Produktionsdynamik, der technisch-wissenschaftlichen Innovationen und der wachsenden Beteiligung der Bevölkerung am politischen Geschehen noch einmal deutlich rascher als in den 100 Jahren zuvor. Beides, die Verdichtung der kulturellen sowie politischen Gestaltungsentwürfe und die Beschleunigung des sozioökonomischen Wandels, machen die Jahrzehnte seit 1880 zur unmittelbaren Vorgeschichte der Weltkriegsepoche.[4]

Europa wurde – wie nur wenige andere Regionen der Welt in dieser Zeit – zum Labor der Moderne, hier entwarfen Sozialexperten und Intellektuelle, Künstler und Politiker, Ingenieure und Unternehmer neue Ordnungsmuster, Politikformen, Lebensentwürfe und Umwelten. Planung und Utopie wurden wichtige Ausdrucksformen dieser intensiven Wechselwirkung zwischen den anonymen Entwicklungstrends und den modernen Ordnungsentwürfen, die nun überall in Europa diskutiert wurden, dabei aber zugleich auch die spezifischen regionalen bzw. nationalen Umstände reflektierten. Auch deshalb muss den enormen Unterschieden zwischen den europäischen Großregionen Rechnung getragen werden.

Blickt man vom Ende des 19. Jahrhunderts zurück auf dessen Beginn, so waren die Kontraste zwischen Ost und West, Nord und Süd in Europa eher gewachsen. Die unterschiedliche Dynamik von Industrialisierung, Alphabetisierung, moderner Staatsverwaltung oder Nationenbildung hatten die bereits aus früheren Epochen stammenden religiösen, kulturellen und politischen Unterschiede noch verstärkt. Deshalb muss eine Geschichte Europas in dieser Phase trotz der gewaltsamen, vor allem kriegsbedingten Annäherungen und Berührungen zwischen diesen fremden Welten auch als Geschichte regionalspezifischer Differenzen und Entwicklungs-

pfade erzählt werden. In allen Regionen lassen sich jedoch die gleichen Basisprozesse der Modernisierung beobachten, die man beschleunigen oder verlangsamen, vor allem jedoch im Sinne der eigenen Ordnungsentwürfe manipulieren wollte.

Spannbreite und Dynamik dieser europäischen Experimente mit und in der Moderne eröffnen einen Zeithorizont, der viel größer ist als die hier in den Blick genommene erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sie umspannen eine Epoche, die bis in die 1980er Jahre oder, je nach Lesart, bis zur Gegenwart reicht. Eine Darstellung, die sich auf die erste Hälfte des Jahrhunderts konzentriert, muss sich auf die Spezifika dieser kürzeren Phase konzentrieren. Zum einen verband sich die Konfrontation der Ideologien in den Weltkriegsjahrzehnten mit Konflikten zwischen sozialen Klassen und sozialen bzw. ethnisch definierten Gruppen. Sie spitzten sich fast überall in Europa zu, überschritten den Rahmen rein ökonomischer Interessenkonflikte und wurden als Kämpfe um die Verteidigung bzw. Durchsetzung politischer und sozialer Ordnungsmodelle und Zukunftsentwürfe geführt. Generalstreiks und Aussperrungen, Demonstrationen und soziale Unruhen, Straßenkämpfe zwischen bewaffneten Milizen und Ordnungskräften, kurz: soziale Gewaltentfesselung und Bürgerkrieg gehörten zu den üblichen Erscheinungsformen sozialer Konflikte in dieser Epoche. Dies verweist darauf, dass die Legitimität der etablierten sozialen Ordnung tiefgreifend erschüttert war. Entsprechend verbreitet war unter den Zeitgenossen die Vorstellung, eine «Krisenphase» zu durchleben, und dies verband sich bei einem Teil von ihnen mit der Absicht, diese gesellschaftliche Krise durch radikales politisches Handeln zu überwinden.

Das Zeitalter der Weltkriege innerhalb des langen 20. Jahrhunderts wurde zum anderen durch den Zusammenstoß zweier politischer Ordnungsmodelle geprägt, die in Europa auf engstem Raum koexistierten: Imperium und Nation. «Die Beharrungskraft der Reiche»[5] ist der eine Bezugspunkt: Er verbindet die Geschichte Europas aufs Engste mit der internationalen Geschichte. Der Zeitraum von 1880 bis 1945 kann in globalgeschichtlicher Perspektive als

Kulminationspunkt imperialer Machtentfaltung und Konkurrenz gelten. Dies führte zum einen zum Höhepunkt europäischer Kolonialherrschaft am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, zum anderen zu weltweiten militärischen und diplomatischen Konflikten zwischen den imperialistischen Großmächten, zu denen seit der Jahrhundertwende neben Großbritannien, Frankreich, Russland und dem Deutschen Reich auch die Vereinigten Staaten und Japan zählten. Zum Kreis der Imperien werden in Europa aber auch die dynastischen Großreiche der Habsburger und Osmanen gerechnet, die in dieser Phase nicht mehr über hinreichende Machtmittel verfügten, um ihrerseits koloniale Eroberungen zu machen.

Das Zeitalter des Imperialismus endete nicht mit dem Jahr 1918 und der Auflösung der Imperien Österreich-Ungarns, Russlands und des Osmanischen Reiches. Frankreich und Großbritannien mussten nicht nur zusehen, wie ihre Verbündeten Japan und die USA und innerhalb Europas Italien neue Ansprüche anmeldeten. Die Zwischenkriegszeit sah auch den Wiederaufstieg des Deutschen Reiches und der Sowjetunion zu Großmächten. Gesteigerte Machtkonkurrenz und rigorose Ausrichtung der Innen- und vor allem der Wirtschaftspolitik auf das Ziel der militärischen Machtbehauptung bzw. Machterweiterung kennzeichneten die Politik dieser neuen Konkurrenten um Großmachtstatus und imperiale Expansion. Ohne diesen Aspekt lassen sich auch die politischen und gesellschaftlichen Radikalisierungen und die kriegsbedingten Gewaltexzesse, die vom Deutschen Reich, Italien und der Sowjetunion ausgelöst wurden, nicht hinreichend erklären.

Als Ordnungsmodell sind den Imperien bei aller Unterschiedlichkeit einige Merkmale eigen: In ihnen lebten nicht nur Bürger, sondern vor allem koloniale Untertanen in eroberten und angegliederten Territorien; ihre Bevölkerung war dementsprechend religiös, sprachlich und ethnisch vielfältig, und nur ein kleinerer Teil von ihr partizipierte an der politischen Herrschaft und der elitären Kultur, mit denen die Imperien zusammengehalten wurden. Während alle genannten imperialen Mächte Europas diese Merkmale im globalen Zusammenhang aufweisen, zeichnen sich innerhalb Europas vor

allem die drei östlichen Reiche der Romanows, der Osmanen und der Habsburger durch diese Heterogenität aus; aber die Lage Irlands im Vereinigten Königreich erinnert daran, dass auch dem britischen Empire diese Merkmale innerhalb Europas nicht gänzlich fehlten. Dennoch ist für die vier westlichen imperialen Mächte (Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien) typisch, dass sie zugleich auch Nationalstaaten waren.

Was eine Nation ausmacht und vor allem, wer zu ihr gehört und wo ihre legitimen Grenzen verlaufen, gehörte zu den entscheidenden Fragen der europäischen Politik im 19. und 20. Jahrhundert. Die Forschung zu Nation und Nationalismus hat entsprechend viele Definitionen hervorgebracht und viele Kontroversen ausgefochten. Hier sei zunächst nur festgestellt, dass Nation eine Ordnungsvorstellung ist, die Mindestanforderungen an die politische wie kulturelle Gemeinschaftsbildung innerhalb der Bevölkerung eines Staates formuliert: Ihre Mitglieder sind Bürger eines Staates, nicht mehr nur Untertanen, verfügen also über (immer auch begrenzte) politische Teilhaberechte und sind durch eine gemeinsame Geschichte, aber auch Sprache oder Kultur verbunden. Die prägnantesten Formulierungen verdanken wir dem französischen Religionswissenschaftler Ernest Renan. Für ihn war die Nation «ein Plebiszit, Tag für Tag», also eine politische Willensgemeinschaft, aber zugleich auch eine «große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht, und der Opfer, die man noch zu bringen gewillt ist. Sie setzt eine Vergangenheit voraus.»[6]

Das Ordnungsmodell «Nation» hat in Europa seit der Französischen Revolution von 1789 seinen Siegeszug angetreten, war aber keineswegs überall machtpolitisch erfolgreich oder ideologisch so überzeugend, dass es unangefochtene Geltung beanspruchen konnte. Denn dieses Konzept war durchaus voraussetzungsvoller, was die sprachlichen, kulturellen, historischen und ökonomischen Bedingungen anging, als die imperiale Ordnung. Eine Nation ist auf ein Netzwerk sozialer und kultureller Verbindungen sowie den wirtschaftlichen Austausch zwischen seinen Angehörigen angewie-

sen, um als politische Ordnungsidee plausibel zu sein und wirksam werden zu können. Dies war aber in Europa keineswegs überall der Fall. Selbst radikale Vorkämpfer dieses Ordnungsprinzips waren der Überzeugung, dass eine bestimmte Größe des Territoriums und der Bevölkerung – vielfach in Verbindung mit früheren Herrschaftsbildungen – notwendig sei, um überhaupt eine Nation und einen Nationalstaat bilden zu können. Dies wirkte im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts zwangsläufig diskriminierend und produzierte vielfältige Konflikte. Machtpolitische, aber auch kultur- und sprachpolitische Durchsetzungsfähigkeit gegenüber Fremden und Nachbarn, vor allem aber Behauptungswille gegenüber Imperien gehörte deshalb neben dem Partizipationsversprechen für die Bürger untrennbar zur Nation. Mit Dieter Langewiesche sind Partizipation und Aggression gegenüber Fremden oder angrenzenden Staaten als wesentliche Begleiterscheinungen der Nationalstaatsbildung zu verstehen: «Wertegemeinschaft» und «Machtmaschine» sind die beiden Seiten dieses Ordnungsmusters.[7]

Das Spannungsverhältnis zwischen den beiden politischen Ordnungsentwürfen Reich und Nation wird auch deutlich, wenn man die Nationalstaaten mittlerer Größe betrachtet, zu der die Mehrzahl der europäischen Länder gerechnet werden kann.

In einem Klima machtstaatlicher Konkurrenz und Gefährdung pflegten Nationalstaaten wie die Niederlande, Belgien, Spanien und Portugal geradezu kompensatorisch ihre kolonialen Imperien oder strebten wie Polen oder Jugoslawien ihrerseits regionale Führungsrollen an. Die Kontinuität des europäischen Kolonialismus und seine Verflechtung mit den spezifisch kontinentaleuropäischen Formen des Imperialismus sind wichtige Aspekte, die gerade in neuesten Forschungen immer stärker herausgearbeitet worden sind und dessen Folgen für die innereuropäische Entwicklung auch hier in den Mittelpunkt gerückt werden sollen. Die Spuren imperialer Machtansprüche und Selbstwahrnehmungen reichen von den vielen kolonialen Bezügen in Alltagswelt und Konsum über die politische Propaganda bis hin zum sozialdarwinistischen Nationalismus der politischen Führungsschichten, aber auch der kulturellen und

wirtschaftlichen Eliten. Imperiale Machtansprüche verbanden sich dabei auf vielfältige Weise mit rassistisch unterlegten bzw. sozialdarwinistisch begründeten Zivilisierungsmissionen und Überlegenheitsansprüchen, die sich gerade angesichts der wirtschaftlichen, religiösen und sozialen Unterschiede zwischen den Großregionen Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts so stark radikalisierten, dass sie in Ausmaß und Form dem ähnlich wurden, was zwischen imperialen Metropolen und ihren außereuropäischen Kolonien üblich war.

Gleichzeitig erlebten die europäischen Gesellschaften zwischen 1900 und 1945 eine Welle nationaler Mobilisierungen. Der Nationalismus wurde zur beherrschenden Denkfigur der Politik, bestimmte die Agenda der Regierungen und Parlamente nicht nur in den langen Zeiten des Kriegszustandes. Auch in den kurzen und schwierigen Jahren des Friedens standen Fragen nationaler Sicherheit und das Postulat innerer Geschlossenheit im Zentrum politischer und gesellschaftlicher Debatten und Programme. Der Nationalismus radikalisierte und artikulierte sich bereits um 1900 vor allem in West- und Mitteleuropa in Form neuartiger rechtsradikaler Bewegungen und Parteien. Der Erste Weltkrieg dokumentierte noch eindrucksvoll, welche Diskrepanzen in der nationalen Mobilisierung vor allem der ländlichen Bevölkerung zwischen Nord-, West- und Mitteleuropa einerseits sowie Ost- und Südeuropa andererseits bestanden. Dagegen wurde der Zweite Weltkrieg zu einer Hochphase nationaler Mobilisierung gegen die imperialen Ansprüche des Deutschen Reiches. Von Norwegen bis Griechenland, von Großbritannien bis in die Ukraine erfasste der Krieg die gesamte Bevölkerung. Selbst die neutralen Länder mussten angesichts der wirtschaftlichen Folgen des Weltkriegs Notmaßnahmen ergreifen und an die nationale Solidarität appellieren. Zwischen 1939 und 1945 wurden die nationalen Leidenschaften in einem Maße und in einer gesellschaftlichen Breite entfacht, wie es selbst der Erste Weltkrieg in gesamteuropäischer Perspektive nicht vermocht hatte. Auch die Sowjetunion mobilisierte ihre Nationen, voran die russische, im Abwehrkampf des «Großen Vaterlän-

dischen Krieges» gegen den deutschen Angreifer und seine Verbündeten.

Die Mobilisierung der Nationen bildet somit den zweiten Schwerpunkt dieser Darstellung, weil die «Nationalisierung» der Gesellschaften in diesen Jahrzehnten auch jenseits der Kriegsjahre eine neue Stufe der Intensität und eine bis dahin unbekannte Breite erreichte. Entgegen dem älteren Bild, das den Höhepunkt des Nationalismus und der Nationalbewegungen im 19. Jahrhundert verortete, wird hier die These vertreten, dass in einer europäischen Perspektive der Durchbruch der Nation zum primären politischen und kulturellen Bezugspunkt für die wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen erst zwischen 1910 und 1945 erfolgte. Erst jetzt entwickelten sich aus den kulturellen Nationalbewegungen und dem Nationalismus von Intellektuellen im östlichen und südlichen Europa nationale Gemeinschaften, und die 1918 entstandenen neuen Nationalstaaten setzten alles daran, den Prozess der inneren Nationsbildung voranzutreiben. Sie versuchten, die etablierte Ordnung ihrer multiethnischen Territorien in Richtung auf sprachlich und kulturell homogene Nationalstaaten zu verändern. Gleichzeitig verdichteten sich in den älteren Nationalstaaten im Westen, Norden und in der Mitte Europas nationale Gemeinsamkeit und Zugehörigkeit durch Schulbildung, Konsum, Sozialpolitik und politische Partizipation. Gerade die gesteigerte nationale und imperiale Konkurrenz und die wachsenden Ansprüche an die Integrationsleistungen der nationalen Staaten beflügelten die Phantasien sozialreformerischer Planer und machten aus dem Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Experimentierfeld neuer Formen sozialer Steuerung und Kontrolle. Dies geschah im Geiste der neuen Sozialwissenschaften und mit dem Ziel, die nationale Leistungsfähigkeit zu steigern. Aber erst die Vertreibungen und Völkermorde des Zweiten Weltkriegs schufen jene Homogenisierungen, welche die europäischen Gesellschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts für relativ kurze Zeit zu sprachlich und kulturell homogenen Nationalgesellschaften machten. Die Öffnung der Grenzen nach 1989 und die neuen Wellen der Arbeitsmigration im Zuge von

Globalisierung und Europäisierung stellten dieses politische Trug- und Traumbild durchnationalisierter Gesellschaften allerdings erneut in Frage.

Mit imperialem Machtstreben und nationaler Mobilisierung werden also zwei Faktoren besonders hervorgehoben, welche die europäische Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert in zweifacher Weise einbetten sollen: zum einen in die längere Geschichte des europäischen Staatensystems und des europäischen Nationalstaats, zum anderen in die internationale Geschichte imperialer und kolonialer Ansprüche und Erfahrungen Europas.